

KLARTEXT

I
N
B
L
A
U

BRIGITTENAU

Mitleid als politischer Nutzen (Seite 2)

Luxusschulzimmer (Seite 2)

Videoüberwachung in den Brigittener U-Bahnstationen (Seite 3)

Islamische Privatschule wegen „Gefahr im Verzug“ geschlossen (Seite 4)

Baumrodungen in großem Stil (Seite 5)

Strafzettel und Beschwerden gegen Taxilenker (Seite 6)

Die pure Lust am Zerstören (Seite 8)

Wartehäuschen - bitte warten (Seite 9)

Brisante Verkehrssituation vor dem TGM (Seite 10)

Kinderfasching 2015 (Seite 11)

HC Strache zum globalen Freihandel (Seite 12)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Mitleid als politischer Nutzen?



In den letzten Wochen und Monaten wurde ich von zahlreichen Personen auf ein heikles Thema angesprochen. Gegenstand war die Öffentlichmachung der Krebserkrankung von Gesundheitsministerin Dr. Sabine Oberhauser und die mediale Berichterstattung darüber.

In mehreren Gesprächen äußerten überwiegend Frauen ihren Unmut, ja teilweise sogar Empörung darüber, wie an Krebs erkrankte Politikerinnen vorgeben mit ihrer Diagnose umzugehen. Sie werden medial als tapfer, mutig oder selbstlos dargestellt, da sie trotz ihrer Krebserkrankung im Amt verbleiben oder dieses aktuell ausüben. Die Berichterstattung lässt den Schluss zu, dass all jene an Krebs erkrankten Frauen, die krankgeschrieben sind und sich ihrer Krankheit nicht am Arbeitsplatz stellen, wehleidig, rücksichtslos oder ausnutzend agieren.

Nicht die Veröffentlichung der Erkrankung wird kritisiert, sondern die heuchlerische persönliche Aufopferung zum Wohle der Allgemeinheit. Die Anerkennung würde akzeptiert werden, wenn sich die Politikerinnen bei den medizinischen Einrichtungen, wie alle anderen auch, in den Wartebereich setzen und auf ihren Aufruf warten müssten. Die verstorbene Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer gab selbst in Interviews bekannt, dass sie während der Arbeitszeit Ruhepausen einlegen musste und die Vorbereitungsarbeiten vom Mitarbeiterstab erledigt wurden.

Es ist offensichtlich, dass die Thematisierung der Erkrankungen sowohl bei Prammer als auch bei Oberhauser einen politischen Nutzen, im Sinne eines Mitleidseffektes bringen sollte. Denn Prammer gab ihre Erkrankung kurz vor der Nationalratswahl 2013 bekannt und Oberhauser erschien medienwirksam mit Glatze, die sie sich im Zuge ihrer Chemotherapie rasiert hatte, zum Ministerrat.

Der Verbleib im Amt sei ein Rat der Ärzte und wichtig für die Genesung, ohne diesen Rat und krankheitsbedingter Abwesenheit hätten die Politikerinnen vermutlich zurücktreten müssen, aber dafür wird die Courage der tapferen Frauen nicht gereicht haben.

Trauriges Detail am Rande. Derzeit gibt es in Österreich ca. 306.400 krebserkrankte Menschen, rund 161.300 davon sind Frauen.

Noch trauriger ist aber, wenn Mitleid als politischer Faktor erhalten muss, um beim Wahlvolk zu punkten, denn das ist die Bankrotterklärung der Politik, meint

Ihr LABg. GR Gerhard HASLINGER

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Luxusschulzimmer?



Haben Sie schon mal von einem Häuschen im Grünen geträumt und haben Sie auch eine ungefähre Vorstellung, was so etwas kosten könnte? Nun, ein Hartl Fertigteilhaus Trend 146 S mit einer Gesamtnutzfläche von 146,29 m² kostet Sie schlüsselfertig € 200.330,--.

Um das Haus auch wohin zu stellen, erwerben Sie z.B. ein 606 m² großes Baugrundstück in Oberwaltersdorf (Bezirk Baden, nur ca. 30 km vom Wiener Stadtzentrum entfernt) und berappen dafür 105.000,-- Euro. Dann fehlt noch die Einrichtung ihres kleinen Juwels: Mit 52.000 Euro werden Sie sicher Ihr Auslangen finden. Das macht in Summe € 357.330,--.

Ja, und haben Sie sich vielleicht auch schon einmal gedacht, dass die rot-grüne Stadtregierung in Wien mit den ihr anvertrauten Steuergeldern nicht besonders sorgsam umgeht?

Jetzt werden Sie sich fragen, was hat denn das eine mit dem anderen zu tun?

Nun, die Antwort ist relativ einfach: In der Schule am Allerheiligenplatz 7, in dem sich die Integrative Lernwerkstatt Brigittenau befindet, soll ein Raum in einen Naturwissenschaftlichen Raum (NAWI-Raum) umgebaut werden. Nach mir vorliegenden Informationen soll die Errichtung dieses Raumes die schier unfassbare Summe von 310.000 Euro kosten!!! Zusätzlich sind noch weitere 52.000 Euro für die Einrichtung vorgesehen! Ergibt in Summe 362.000 Euro!

Also, für mich ist das ein weiterer Beweis, dass die rot-grüne Stadtregierung in Wien mit den ihr anvertrauten Steuergeldern nicht besonders sorgsam umgeht!

Steigende Kriminalität

Ziemlich genau vor 1 Jahr habe ich hier über die damals seitens der ÖVP-Innenministerin geplante und mittlerweile erfolgte Sperrung der Polizeiinspektion Bäuerlegasse berichtet und dabei auch auf die besorgniserregend hohe Kriminalität in Wien hingewiesen. Der nun vorliegende Sicherheitsbericht 2013 zeigt, dass sich die Situation weiter verschlechtert hat.

So erhöhte sich die Gesamtkriminalität (ohne Straßenverkehr) in unserer Stadt um mehr als 5 % auf 206.217 angezeigte Fälle, die Zahl der strafbaren Taten gegen fremdes Vermögen stieg in Wien um mehr als 10.000 auf 157.159. Deutlich über die Hälfte davon, nämlich 88.703, entfiel auf das Verbrechen des Diebstahls durch Einbruch oder mit Waffen, das sind nicht weniger als unglaubliche 243 Fälle täglich!

Alle Versuche unserer roten und schwarzen Politiker, die Sicherheit in unserer Stadt schön zu reden, werden durch diese Zahlen Lügen gestraft, meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert GRAUSAM

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2015

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.



Videoüberwachung in den Brigittenauer U-Bahnstationen



Die FPÖ-Brigittenau forderte in der Februar-Sitzung der Bezirksvertretung die lückenlose Ausstattung der drei im Bezirk befindlichen U-Bahn-Stationen mit Videokameras, die nicht nur Live-Bilder liefern, sondern auch das Geschehen aufzeichnen.

Seit Jahren sind die Stationen nicht nur Tummelplatz für Drogendealer und Junkies, sondern nehmen auch Delikte wie Körperverletzungen, Raub und Diebstahl häufig ihren Ausgang in den Sta-

tionen. Wie sich in überwachten Stationen gezeigt hat, konnten aufgrund der Aufzeichnungen zahlreiche Täter ausgeforscht werden oder stellten sich selbst der Polizei, nachdem Fotos von ihnen in den Tageszeitungen veröffentlicht wurden.

Laut Wiener Linien werden die U-Bahnstationen Jägerstraße, Dresdner Straße und Handelskai nicht permanent mit Videokameras überwacht, sondern die Kameras senden nur Livebilder in die

Zentralleitstelle, um auf Unfälle oder Störungen rasch reagieren zu können. Derzeit sind auch rund 75 % aller Garnituren der Wiener Linien mit Kameras ausgestattet. Diese Kameras wirken präventiv und abschreckend.

Nicht zuletzt zeigt auch der tragische Vorfall mit dem schwer verletzten und schließlich verendeten Hund nach einer Attacke in der U-Bahnstation Jägerstraße, dass die Installierung einer permanenten Videoüberwachung mit Aufzeichnung dringendst notwendig ist.



BR Erika Landegger
Ansprechpartnerin für:
Soziales, Jugend, SeniorInnen,
Frauen und Integration;
Kultur; Bezirksentwicklung.

Islamische Privatschule wegen „Gefahr in Verzug“ geschlossen!

Behörden und Ministerien sind mit dubiosen islamischen Vereinen und Schulklassen restlos überfordert!



und „ERBIZ“ vorstellte. Der äußerst kritische ORF-Bericht legte offen, dass Herr Polat beim AMS angemeldet war, auch keine eigenen finanziellen Mittel für den Umbau hatte und sich alles von der Stadt Wien fördern lassen wollte. Die Miete soll im Monat etwa 25.000 Euro betragen. Da es aber keine Förderungen gab, wie in diversen Anfragen von LABg GR Gerhard Haslinger an den zuständigen Stadtrat versichert wurde, sollte nun geklärt werden, wer diese Einrichtungen, wie Kindergärten und Privatschule finanziert.

Denn Fakt ist, dass seit 2013 mehrere Kindergartengruppen und seit 2014 auch die gegenständliche islamische Privatschule betrieben werden. Die Sperre im Jänner 2015 erfolgte wegen „Gefahr in Verzug“. Der Vorwurf: Die Schulleiterin der privaten Volksschule soll dem Lehrpersonal jede Kooperation mit Behörden untersagt haben – auch falls sich ein Kind verletzen würde. Um die Großteils aus Tschetschenien stammenden Eltern nicht zu verunsichern, solle alles „schulintern geregelt“ werden. Konkret wurden weder Polizei noch Rettung verständigt nachdem ein Mädchen von einem Mitschüler verletzt wurde.

Wer diese Einrichtungen (Schule / Kindergarten) finanziert, bleibt nach wie vor offen. Vermutlich kommt das Geld tatsächlich aus dem Ausland.

Da die islamische Privatschule tschetschenisch dominiert ist, muss auch geklärt werden, ob es einen Zusammenhang zu den anderen Vereinen im Objekt gibt. Wenn dies Bestätigung findet, muss auch überprüft werden, ob und wie die als Projekt des „beitragsfreien Kindergartens“ geführten Gruppen mit den Behörden Kontakt halten.

Die Sperre der islamischen Privatschule „Zukunft für Alle“ in der Romanogasse 28 war eine erste wichtige Reaktion auf das undurchsichtige Treiben. Auch wenn das Kindeswohl nach einer Verletzung für die Schließung als Grund angeführt wird, ist es dringend notwendig eine solche als Schule getarnte anti-europäische Einrichtungen für immer zu schließen.

Der Verein „Zukunft für Alle – Verein Islamischer Privatschule“ war Betreiber einer islamischen Privatschule ohne Öffentlichkeitsrecht. Obwohl schon bei der Errichtung die Schulbehörde Bedenken „wegen Mangels an sittlicher Verlässlichkeit“ hatte, wurde die Schule vom Unterrichtsministerium genehmigt. Zu einem Zeitpunkt in dem der Verein bereits Konkurs angemeldet hatte! Aber dies ist nur ein Detail am Rande einer Reihe von Fehleinschätzungen der zuständigen Ämter und Behörden.

Seitdem im Jahre 2010 das leer stehende Bürogebäude zu einer islamischen Schule umgebaut werden sollte, konnte man nur sehr schwer Details über die Pläne in Erfahrung bringen. Die Presse berichtete 2010 mit der Schlagzeile: *Wo Deutsch in Kindergärten nicht Pflicht ist!* über die Romanogasse 28. Ebenso wurde im Jahre 2012 in der ORF-Sendung „Heimat Fremde Heimat“ der Betreiber des Objektes, Herr Abdullah Polat – strenggläubiger Muslim – über seine Pläne befragt, wobei dieser die Vereine „KIBIZ“

Probleme mit islamischen Privatschulen sind keine Seltenheit

Kurz nach dem Wechsel des Schulerhalters im Jahre 2012 wurde ebenfalls die Führung der „Österreichisch-Ägyptische Privatschule“ in Wien 20., Webergasse 30 von der Schulbehörde untersagt. Es blieben, wie in der Romanogasse, nur die Kindergartengruppen erhalten und die traut sich die Stadt Wien nicht untersagen, denn dann müsste sie selbst für diese Einrichtungen sorgen.



BR Susanne Chirkov
Ansprechpartnerin für:
Soziales, Jugend, SeniorInnen,
Frauen und Integration;
Kultur; Bezirksentwicklung.



Baumrodungen in großem Stil!

Wer mit offenen Augen durch den Bezirk wandert, muss leider feststellen, dass in den Wintermonaten ca. 60 Bäume der Motorsäge zum Opfer gefallen sind. Für jeden gefälltten Baum wird von der zuständigen MA 42 (Stadtgartenamt) ein „Baumschutz-Akt“ angelegt. Vielfach sind es festgestellte Erkrankungen oder Aushöhlungen im Baumstamm, die Fällungen notwendig machen.

Besonders auffällig sind aber die plötzlichen Erkrankungen von Bäumen im Sachsenpark, denn da wurden gleich 5 Exemplare als entfernenswert erkannt. Traurig, denn der Park, der im Frühjahr umgestaltet werden wird, sollte seinen Altbaumbestand behalten.

Quelle Bezirkshomepage, wo steht:

„Strauchrodungen sollen den Park transparenter und einladender wirken lassen. Der Altbaumbestand wird zur



Gänze erhalten. Im Bereich der Sitznischen soll flächig eine Bepflanzung mit Stauden und Gräsern erfolgen, um attraktive Aufenthalts- und Kommunikationsbereiche zu schaffen.“

Wir stehen natürlich zur Entfernung von Gefahren durch Totholz oder Stammbrüche wegen Aushöhlungen, nur in diesem Fall ist die Optik nicht die Beste.



BR Zoltan Player
Ansprechpartner für:
Verkehr,
Kultur.



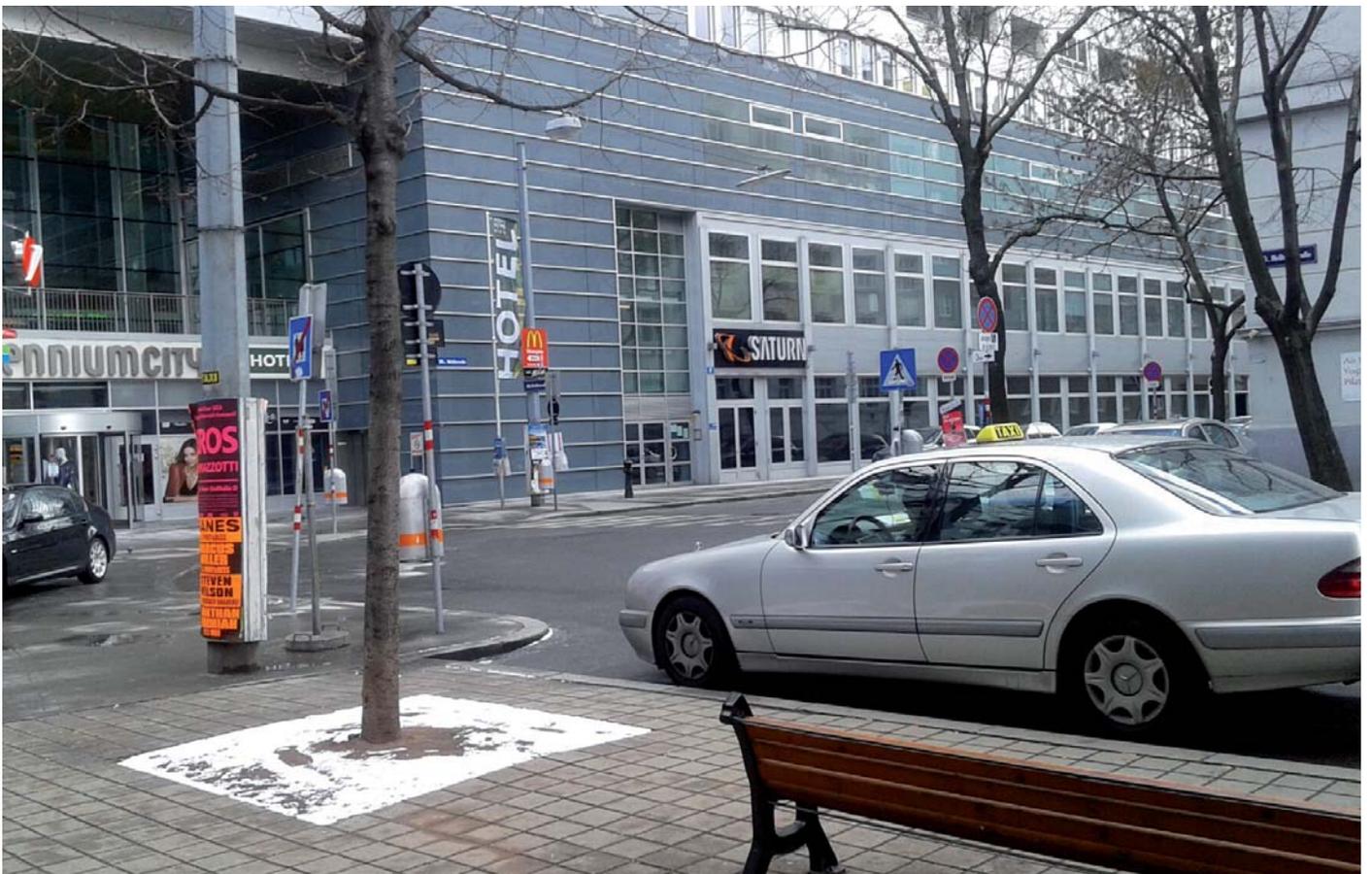
Strafzettel und Beschwerden gegen Taxilenker!

Der Taxistandplatz im Bereich des Haupteinganges Millenniumcity wird seit seiner Errichtung nicht nur falsch angefahren, sondern ist für das Wochenende viel zu klein konzipiert.

Der Standplatz wird in der Hellwagstraße durch Verkehrszeichen kundgemacht und befindet sich auf der rechten Seite in Fahrtrichtung Engerthstraße. Die

Taxilenker nutzen den Taxi-Standplatz aber von der Engerthstraße her kommend linkszufahrend, damit das erste Taxi für die Kunden auch als das nächstgelegene gesehen wird. Aufgrund dieser durchaus verständlichen Aufstellung kommt es aber auch zu problematischen Verkehrssituationen bzw. -behinderungen beim Zu- und Abfahren der Taxis.

Ein besonderes Problem kommt am Wochenende dazu, wenn nämlich der Publikumsabstrom aus dem Entertainmentcenter mittels Taxis erfolgt. Dabei ist es keine Seltenheit, dass binnen weniger Minuten 6 bis 8 Taxis den Standplatz mit Fahrgästen verlassen. Mit diesem Wissen stellen sich in den Nachtstunden vermehrt Taxis in 2. Spur im Bereich des



ausgelasteten Standplatzes an. Dabei kann es sein, dass die Kolonne der wartenden Taxis in der Engerthstraße von der Hellwagstraße bis zum Maria Restituta Platz reicht. Dies führt wiederum zu Anrainerbeschwerden und schließlich zu Polizeieinsätzen. Wir haben in der Bezirksvertretung einen Antrag zur Überprüfung der Situation eingebracht.



FPÖ-Gemeinderat Gerhard Haslinger (links) und der Obmann des Taxidubs Wien, Wolfgang Eberling, fordern eine rasche Lösung für die Probleme auf dem Standplatz bei der Millennium City. Eine Verlegung in die Wehlstraße soll dabei geprüft werden.



Foto: Christian A. Feller

Fahrer fordern Verlegung nach Strafzetteln und Beschwerden

Millennium City: Taxi-Standplatz soll in die Wehlstraße wandern

Quelle: Krone, vom 16.1.2015, Seite 28

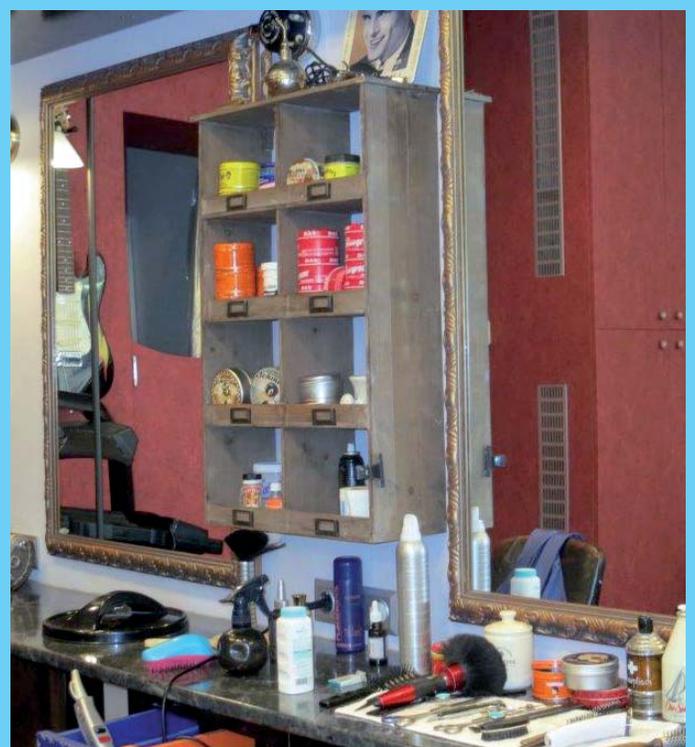


HAARSPALTEREI

Ein Geheimtipp für Elvisfans ist die HAARSPALTEREI in der Othmargasse.

„Pomade is back“ ist das Motto von Gerhard Uhrovscik. Er betreibt seinen Barbershop seit 1999 und ist Spezialist für Haarschnitte der 50er und Rockabilly-Frisuren.

Öffnungszeiten: Dienstag - Freitag, von 8:30h - 18:00h, Samstag, von 7:30h - 12:00h. www.haarspalterei.at





Fotós 4: Pfeiffer

Die pure Lust am Zerstören!

Rot/Grün in Wien und Alles ist hin? Sind es höhere Gewalt oder doch nur blinde Zerstörungswut und latenter Vandalismus, die wehrlose Gegenstände kaputt gehen lassen? Besonders in der Zeit zwischen Weihnachten und Silvester waren vermehrt mutwillige Beschädigungen im öffentlichen Raum wahrnehmbar. Das reichte von der eingeschlagenen Autoscheibe und einem abgebrochenen Außenspiegel über einen umgerissenen Gartenzaun bis hin zur zerbrochenen Auslagenscheibe oder dem umgestürzten Elektroschaltkasten. Das Erschreckende dabei ist, dass bereits ein gewisser Gewöhnungseffekt in der Bevölkerung Platz ge-



wie die Einhaltung unserer Rechts- und Gesellschaftsnormen einer nicht gerechtfertigten Toleranz geopfert wird?



griffen hat. Was bringt die Zukunft? Vielleicht die Duldung der Zustände wie jener in Pariser Vorstädten?

Wie lange wird die Politik oder die Rot/Grüne Stadtregierung noch zusehen,

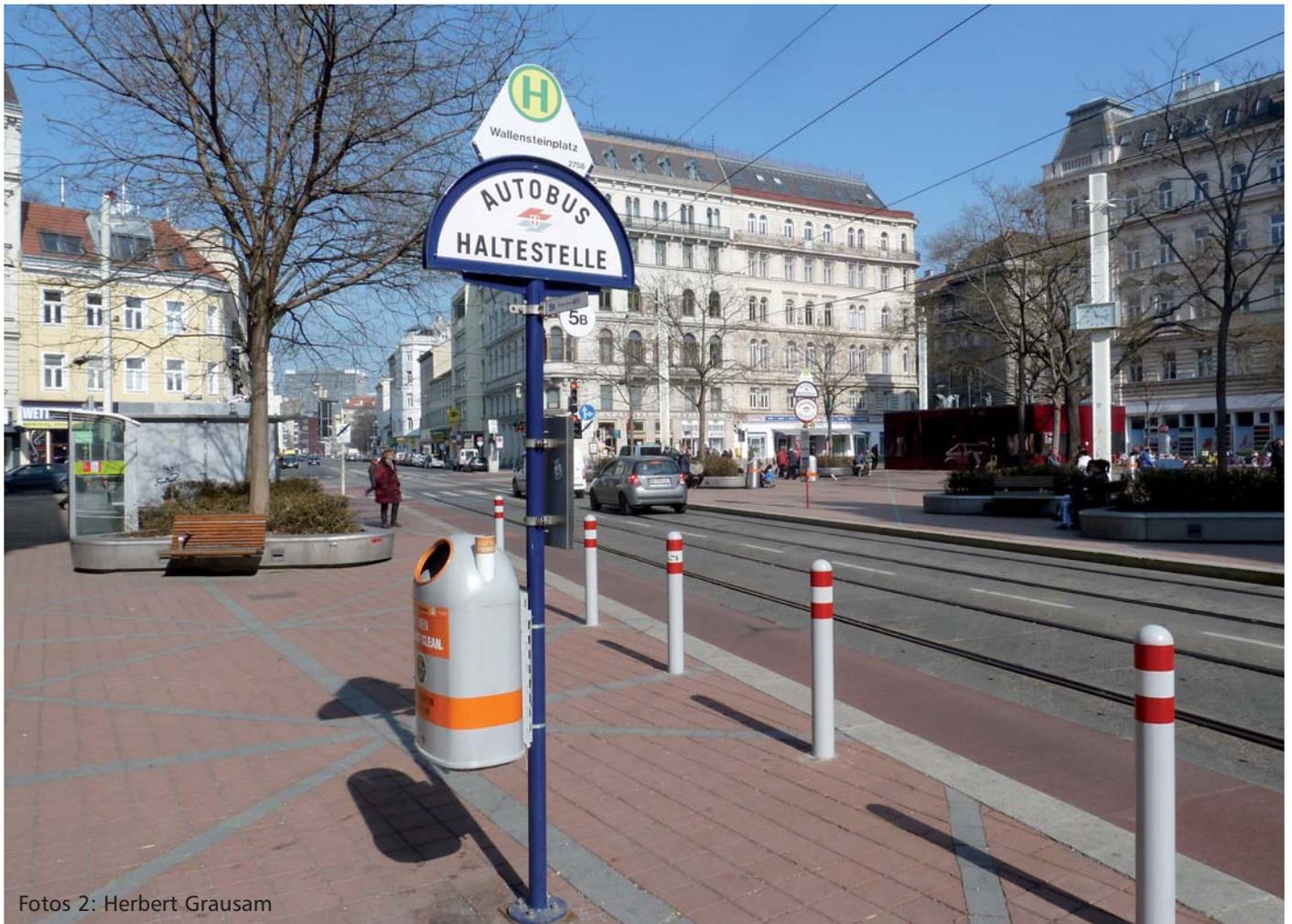


BR Alfred Pfeiffer
Ansprechpartner für:
Bauen, Wohnen,
Zivil- u. Katastrophenschutz.



Pariser Vorstadtchaoten. Quelle: Internet

Wartehäuschen – bitte warten!



Fotos 2: Herbert Grausam

Viele Jahre hindurch wurde von der Brigittenauer FPÖ immer wieder eine bessere Anbindung des Bezirkszentrums Wallensteinplatz/Brigittaplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln an das Stadtzentrum bzw. an die Linie U2 (Station Taborstraße) gefordert.

Am 2. Juli 2012 war es dann soweit, an diesem Tag fuhr erstmals ein Autobus der Linie 5B durch die Brigittenau. Seit damals verbindet diese Linie in 20 Minuten die Bezirke Döbling, Brigittenau und Leopoldstadt, man gelangt umsteigefrei zu vier U-Bahnlinien: U1/U2 Praterstern, U2 Taborstraße, U6 Jägerstraße und U4 Heiligenstadt.

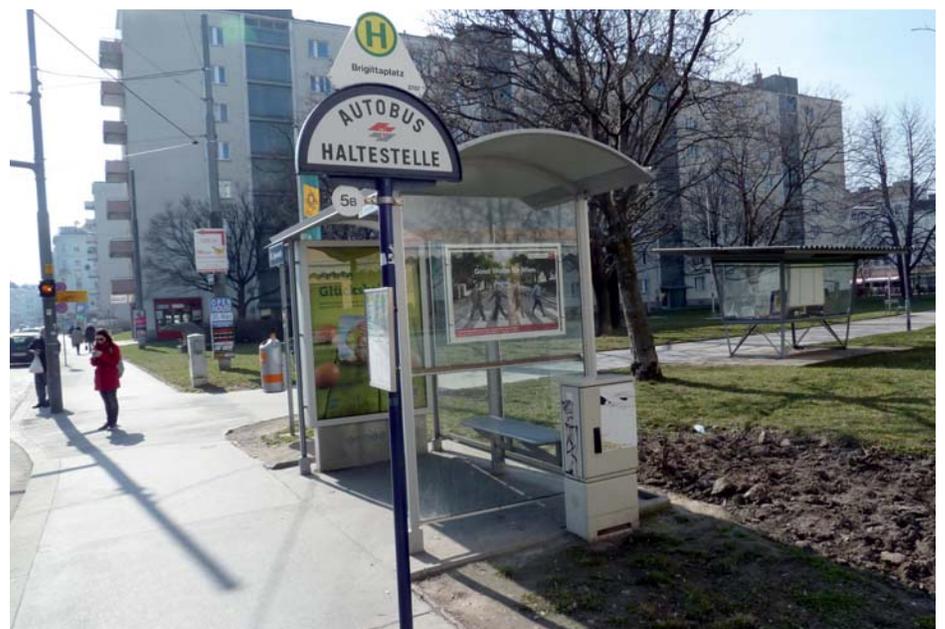
Um den Fahrgästen dieser erfolgreichen Linie auch einen den heutigen Erfordernissen entsprechenden Komfort beim Warten anzubieten, wurde auf Initiative der Brigittenauer Freiheitlichen in der Bezirksvertretungssitzung am 14. November 2012 ein Antrag beschlossen, der die Errichtung von Wartehäuschen nach Möglichkeit mit integrierter Sitzgelegenheit bei den Autobushaltestellen Brigittaplatz, Wallensteinplatz und Gauß-

platz (jeweils für beide Fahrtrichtungen) zum Ziel hatte.

Realisiert wurden allerdings bisher lediglich ein Wartehäuschen bei der Haltestelle Brigittaplatz und ein weiteres bei der Haltestelle Gaußplatz, beide in Fahrtrichtung Praterstern. Allzu groß dürf-

te der Stellenwert, den die öffentlichen Verkehrsmittel bei der rot-grünen Wiener Stadtregierung einnehmen also doch nicht sein, sonst würde man die Fahrgäste der Linie 5B nicht so lange im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen lassen.

BVStV Herbert Grausam





Fotos 2: Elisabeth Sehner

Brisante Verkehrssituation vor dem TGM

Dass sich Jugend mit Vorschriften und Regeln nicht immer verträgt, ist bekannt.

Doch das Verhalten der Schülerinnen und Schüler des TGM's im Bereich der Kreuzung Wexstraße / Jägerstraße ist manchmal von solch inakzeptabler Ignoranz getragen, dass man dies so nicht länger hinnehmen sollte.

Die Verkehrslichtsignalanlage scheint jede Gültigkeit verloren zu haben, denn die Schülerinnen und Schüler beachten das Rotlicht für den Fußgängerverkehr überhaupt nicht.

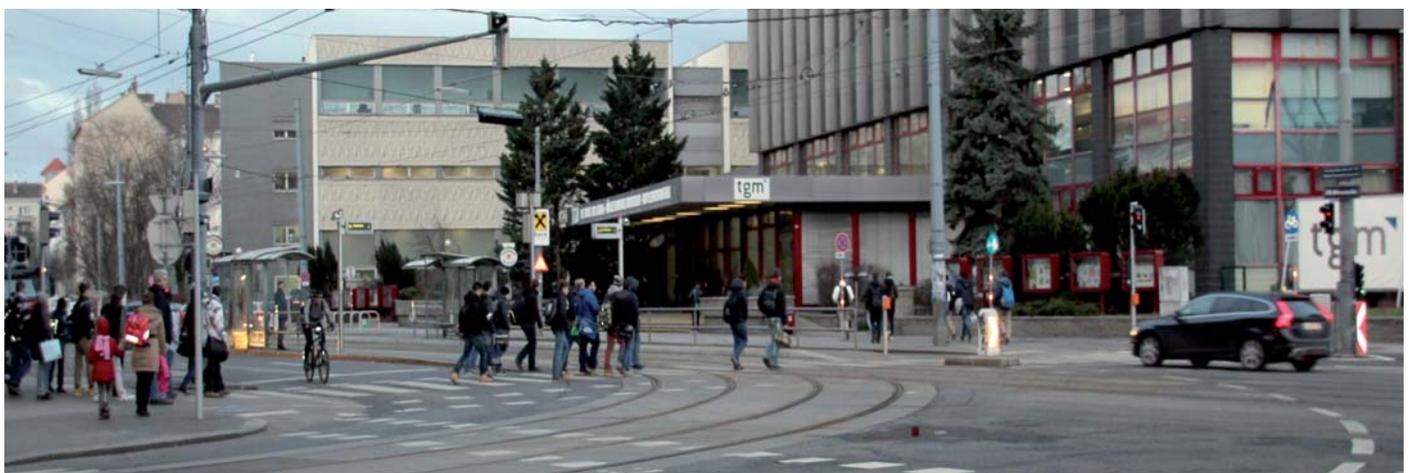
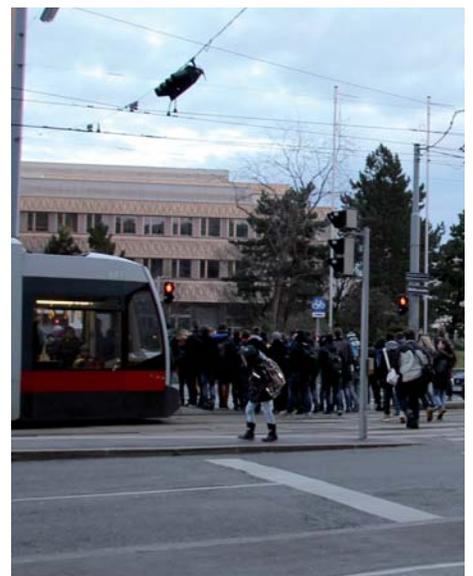
So werden Fahrzeuglenker aber auch Straßenbahnfahrer gezwungen, ihr Fahrzeug trotz freier Fahrt abzubremsen oder gar ganz anzuhalten. Dass es sich bei Behinderung anderer Verkehrsteil-

nehmer um ein verwaltungsrechtliches Nötigungsdelikt handelt, das unter Strafe gestellt ist, sollte den Jugendlichen in Schulungen vermittelt werden. Denn, auf Hinweise oder Unmutsäußerungen der Lenker reagieren sie mit Schimpfen oder eindeutigen und abwertenden Gesten.

Wir Freiheitliche haben dieses Thema in die Bezirksvertretung in Form einer Anfrage an den Bezirksvorsteher getragen. Wir hoffen auf eine offizielle Reaktion auf die Problematik.



BR Elisabeth Sehner
Ansprechpartnerin für:
Verkehr,
Kultur.





KINDERFASCHING 2015





HC Strache zum globalen Freihandel

Die EU-Kommission ist verantwortlich für die TTIP-Geheimverhandlungen mit den USA. Die fehlende Transparenz ist das Werk derselben (alten und neuen) Kommission, die auch in anderen Fragen für Abgehobenheit und Bürgerferne steht. Die etwa ausnahmslos für die Interessen der Agro-Gentechnik-Konzerne entscheidet, wenn der entsprechende Minister rat keine qualifizierte Mehrheit zustande bringt.

Jetzt stehen die europäischen Standards für Lebensmittelqualität, Produktsicherheit und vieles mehr auf dem Spiel. Statt diese zu verteidigen bereitet die Kommission den Weg für private Schiedsgerichte (ISDS, Investorenschutz), die Konzernen die Möglichkeit geben werden Staaten zu klagen, wenn aufgrund z. B. Verbraucher- oder Umweltschutzgesetzgebung ein Gewinnentgang erwartet wird.

Für die propagierte Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt es keinerlei Belege. Sehr wohl gibt es die dafür, wem wir, neben der Kommission, die Bereitschaft zur Selbstentrechtung über ISDS zu verdanken haben. Einige neuere, osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten verfügen über eine Gerichtsbarkeit, der international wenig Vertrauen entgegen gebracht wird. Umgekehrt haben diese Staaten US-Investoren in bilateralen Investitionsschutzabkommen sehr weitreichende Rechte eingeräumt. Sie wollen das über ein EU-USA-Reglement rückgängig machen.

Österreich käme also erneut für die Versäumnisse anderer zum Handkuss, wie bei Griechenland oder der Flutung unseres Arbeitsmarktes mit osteuropäischen Billigarbeitskräften. Unser Land hat dank dieser verunglückten europäischen Union schon manchen hohen Preis bezahlt. Damit muss Schluss sein, sonst wird unser Staatshaushalt, im ständigen Bemühen Fehler und Defizite anderer auszubaden, selbst den Bach hinunter gehen.

HC Strache
FPÖ Bundesparteiobmann

TERMINE:

Frauenstammtische:

Donnerstag, **23.04.2015**; 18:30 Uhr

Donnerstag, **28.05.2015**; 18:30 Uhr

Donnerstag, **25.06.2015**; 18:30 Uhr

Wo: „Cafe Tina“ (Animal Farm)

1200 Wien, Kampstraße 13

U6 Dresdner Straße Ausgang Dresdner Straße,

Richtung stadteinwärts, 1. Gasse links

(An dieser Ecke befindet sich ein Tierarzt)

Konzerttermine:

im Amtshaus Brigittenau

1200 Wien, Brigittaplatz 10

Melodien von G. Jussenhoven und Theo Ferstl

Dienstag, **28.04.2015**; 19:00 Uhr

Musikalische Raritäten von Robert Stolz

Donnerstag, **21.05.2015**; 19:00 Uhr

Operettenmelodien und mehr von Franz Zellwecker

Donnerstag, **22.10.2015**; 19:00 Uhr

INFO-Stände:

Donnerstag, **9.04.2015**, 15:00h - 18:30h

Wallensteinstrasse 16 / Ecke Staudingergasse (LIBRO-Eck)

Mit Flohmarkt

Samstag, **9.05.2015**, 9:00h - 12:00h

Hannover Markt - Zufahrt Gerhardusgasse

Donnerstag, **4.06.2015**, 15:00h - 18:30h

Wallensteinstrasse 16 / Ecke Staudingergasse (LIBRO-Eck)

Mit Flohmarkt

Wallensteinplatzfest „Blaues Fest“

Mit Luftburg, Kinderschminken, Livemusik, Flohmarkt,...

Samstag, **30.05.2015**, von 8:00h - 18:00h

Flohmarkt: 8:00h - 15:00h

Livemusik: 10:00h - 18:00h

Liebe Brigittenauerinnen, Liebe Brigittenauer,

Sie haben ein Anliegen oder wissen von einem Missstand in der Brigittenau, den Sie aufzeigen und bearbeitet haben wollen?

Wir, die von Ihnen gewählten freiheitlichen Mandatäre im Gemeinderat und Bezirksrat, setzen uns gerne für Sie ein!

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Wir freuen uns auf Sie!

Tel: +43 1 330 66 66

E-Mail: brigittenau@fpoe-wien.at

Zustelladresse: